

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 15.08.2018
Sitzung Nummer:	35 ( SFFGA/35/2018)
Sitzungsdauer:	16:30 - 18:13 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

---

Christine Paschke  
Vorsitzende

---

Alessa Stobinski  
Protokollführung

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Frau Christine Paschke

#### Mitglieder

Herr Marcus Graubner

Frau Christel Güldenpfennig

Herr Horst Janas

Herr Dr. Michael Kühn

#### Stellvertreter

Frau Steffi Kraemer

Vertretung für Frau Sandy Schulz

#### sachkundige Einwohner

Frau Kerstin Schmidt

Frau Xenia Schußler

#### von der Verwaltung

Frau Birgit Hartmann

Frau Jenny Jürgens

#### Gäste

Frau Ina Bombach

Herr Ewald Kittner

Frau Marion Magerin

Frau Sylvana Rau

Herr Bernd Zürcher

Schuldner- und Insolvenzberaterin PSW GmbH  
Caritasverband Stendal  
Erziehungsberatung PSW GmbH  
pro familia Beratungsstelle  
Der Paritätische

### **Abwesend:**

#### Mitglieder

Frau Sandy Schulz

Frau Annegret Schwarz

#### sachkundige Einwohner

Frau Juliane Kleemann

Frau Marlies Köhn

Frau Diana Schmolke

Frau Carola Stallbaum

#### von der Verwaltung

Frau Christiane Rütten

Frau Dr. Iris Schubert

Herr Sebastian Stoll

### **Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 34. Sitzung des Ausschusses vom 13.06.2018
- 6 Beratungsstellenplanung im Landkreis Stendal für das Jahr 2019 auf der Grundlage des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen-Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsstellen (FambeFög)  
Vorlage: 519/2018
- 7 Information zum aktuellen Sachstand - Medizinische Versorgung im Landkreis Stendal-  
Frau Paschke
- 8 Informationen aus den Ämtern
- 9 Anfragen und Hinweise

---

### **Protokoll**

#### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Frau Paschke eröffnet um 16.30 Uhr die 35.Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Sachkundigen Einwohner, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung.

#### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit**

Frau Paschke stellt fest:

- die Einberufung zur Sitzung des SFFGA erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 19. Juli 2018,
- der SFFGA ist beschlussfähig; es sind 5 Mitglieder des SFFGA sowie Frau Paschke anwesend. Es fehlt Frau Schwarz und Frau Sandy Schulz. Frau Schulz wird durch Frau Kraemer vertreten (siehe auch Seite 1 Anwesenheitsliste).
- Von den sachkundigen Einwohnern sind Frau Kerstin Schmidt und Frau Xenia Schüßler anwesend. Es fehlen Frau Kleemann und Frau Stallbaum unentschuldigt. Frau Köhn und Frau Schmolke haben sich im Voraus entschuldigen lassen.
- Da sich Frau Rütten momentan im Urlaub befindet, wird diese durch Frau Jenny Jürgens vertreten.

#### **zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Von Seiten des SFFGA bestehen keine Änderungsvorschläge.

Frau Paschke stellt sodann die Tagesordnung fest.

#### zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Frau Paschke schließt die Einwohnerfragestunde.

#### zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 34. Sitzung des Ausschusses vom 13.06.2018

Es gibt keine Anmerkungen.

Damit stellt Frau Paschke den öffentlichen Teil der Niederschrift der 34. Sitzung des SFFGA vom 13.06.2018 fest.

#### zu TOP 6 Beratungsstellenplanung im Landkreis Stendal für das Jahr 2019 auf der Grundlage des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen-Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsstellen (FambeFög) Vorlage: 519/2018

Frau Paschke stellt die Beschlussvorlage 519/2018 vor, in dem sie in einer kurzen Zusammenfassung alle Beratungsstellen und ihre Träger nennt. Sie gibt Ausführungen zu den aktuellen Zahlen.

Frau Paschke: Ich freue mich, dass die Vertreter der Beratungsstellen unserer Einladung gefolgt sind. Wir als Ausschuss wollen Ihnen natürlich das Rederecht erteilen, um weitere Ausführungen vorzustellen oder auch auf Fragen der Ausschussmitglieder antworten zu können.

Frau Jürgens: Sie alle wissen ja, warum wir diese Beratungsstellenplanung machen müssen. Die Zuweisungen des Landes sind davon abhängig, dass wir eine solche Beratungsstellenplanung erstellen. Ganz wichtig für die Planung, aus diesem Grund auch an erster Stelle stehend, ist die demografische Entwicklung. Die Verteilung der Zuweisungen erfolgt aufgrund von Einwohnerzahlen. Die Einwohnerzahlen im Landkreis Stendal nehmen weiterhin ab. Laut der 6. regionalen Bevölkerungsprognose sollen die Zahlen auch weiterhin sinken. Allerdings müssen sich diese Prognosen nicht immer bewahrheiten. Ersichtlich ist aber auch, dass die Personengruppen der 0-60 jährigen Menschen sinken und die Personengruppen der über 65 jährigen Menschen steigen. Das alles hat natürlich auch Auswirkungen auf die Beratungsstellen.

Als zweiten Punkt sieht der Beratungsstellenplan die Erziehungs- und Familienberatung vor.

Die Anzahl der Familien mit Kindern hat sich im Jahr 2016 im Landkreis leicht erhöht. Das entspricht nicht dem Trend im Land Sachsen-Anhalt, der kontinuierlich rückläufig ist. Einen deutlichen Aufwärtstrend gibt es bei uns bei den Ehescheidungen. Die Anzahl der Beratungsfälle insgesamt ist im Jahr 2017 mit 305 Fällen in etwa konstant geblieben. Die Anzahl der Kontakteinheiten hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,1% erhöht. Trennung, Scheidung, Umgangskonflikte, Streit in der Familie waren die am häufigsten genannten Beratungsgründe. Erziehungsunsicherheit oder Überforderung war der zweithäufigste Grund. Am häufigsten wurden Familien mit Kindern im Grundschulalter beraten. Auch bei den alleinerziehenden Elternteilen gab es großen Beratungsbedarf. Der nächste Punkt stellt die Sucht- und Drogenberatung dar.

Die Anzahl der Beratungen ist mit 390 Fällen in etwa konstant geblieben gegenüber dem Jahr 2016 mit 389 Fällen. Die Anzahl der Betreuungskontakte hat sich erhöht. Eine Verschiebung gibt es beim Anteil der konsumierten Drogen. Der Anteil der illegalen Drogen nimmt weiterhin zu. Sucht und Drogen bilden den überwiegenden Beratungsgrund.

Als weiteren Punkt gibt es dann noch die Schwangerschaftsberatungsstellen.

Die Anzahl der Frauen, im Alter zwischen 15 und 45 Jahren ist im Landkreis Stendal seit 2012 kontinuierlich zurückgegangen. In Jahr 2017 wurden 348 Beratungen weniger durchgeführt als im Jahr 2016. Das entspricht einem Rückgang von 19%. Die Anzahl der Ratsuchenden mit Migrationshintergrund steigt jedoch. Schwerpunkte der Beratungsinhalte sind sozialrechtliche Informationen und Stiftungen. Die häufigsten Gründe für einen potentiellen Schwangerschaftsabbruch sind abgeschlossene Familienplanung, körperliche und psychische Überforderung und Gründe in der Partnerschaft.

Dann gibt es noch die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung.

Die Anzahl der Beratungsfälle ist im Jahr 2017 gegenüber dem Jahr 2016 um 38 Fälle absolut gestiegen, das entspricht einem Anteil von rund 5%. Die größte Gruppe der Inanspruchnehmer der Schuldnerberatung sind Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII. Im Jahr 2017 war zu verzeichnen, dass die Gruppe der Rentner zugenommen hat. Von der Verschuldung der Eltern sind auch immer mehr Kinder betroffen. Im Jahr 2017 ist dieser Anteil gegenüber dem Jahr 2016 um rund 9% angestiegen.

Des Weiteren hatte Frau Paschke schon das Thema des Multiprofessionellen Teams angesprochen. Das wichtigste Fazit der Träger des multiprofessionellen Teams ist es, dass die Anzahl dieser Beratungen gering ist und sich auch im Laufe der Jahre verringert hat. Auffallend ist, dass die Klienten sich in der Beratungssituation bezüglich weiterer Problemlagen sehr bedeckt halten. Ergeben sich in der Beratung weitere Bedarfe, so wollen die Menschen meist selbst die andere Beratungsstelle aufsuchen. Die Bildung des multiprofessionellen Teams und die Zusammenarbeit der Träger ist ein sehr positiver Schritt, allerdings steht der Ratsuchende und sein Interesse im Vordergrund und dieses ist zu respektieren. Es ist nicht zu erwarten, dass es in den folgenden Jahren zu einer erheblichen Steigerung der Beratungsfälle im multiprofessionellen Team kommt. Das heißt nicht, dass bei den Ratsuchenden keine multiprofessionellen Problemlagen vorliegen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Beratungsangebote im Landkreis Stendal auf der Grundlage des FamBeFöG flächendeckend vorhanden sind und dem gegenwärtigen Bedarf entsprechen. Die freien Träger arbeiten in einem gut funktionierenden Netzwerk zusammen und kooperieren entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Beratungsbedarf für Menschen mit Migrationshintergrund stellt zudem eine neue Herausforderung dar.

Zum Thema der Finanzierung möchte ich kurz ein paar Zahlen nennen. Insgesamt stellt das Land für 2018 eine einwohnerbezogene Zuwendung in Höhe von 185.709,10 € zur Verfügung. Diese Mittel sind für die Erziehungs- und Familienberatung sowie die Sucht- und Drogenberatung zu verwenden. Für die Erziehungs- und Familienberatung haben wir Gesamtausgaben in Höhe von ca. 240.000 € kalkuliert. Davon sind 38.302,50 € Landesmittel aus FamBeFöG.

In der Sucht- und Drogenberatung haben wir Gesamtausgaben von 196.321,87 € kalkuliert, von denen 147.406,60 € Landesmittel aus FamBeFöG, 14.740,07 € Landkreismittel und 34.175,20 € Eigenmittel des Trägers sind. Die Schwangerschaftskonfliktberatung wird ausschließlich durch das Land gefördert. Für die Sucht- und Verbraucherinsolvenzberatung haben wir 200.162,44 € Gesamtausgaben kalkuliert. Diese teilen sich in 67.082 € Landesmittel und 133.080,44 € Landkreismittel.

Frau Paschke: Ich möchte vielleicht auch anschließen, dass es noch ein weiteres Beratungsangebot gibt. Der Landkreis Stendal hat einen Versorgungsauftrag im Gesundheitsdienst zur sozial-psychiatrischen Beratung. Angesiedelt ist das Ganze im Gesundheitsamt, unter der Leitung von Frau Dr. Schubert, mit dem Angebot der psychosozialen Beratung, Suchtberatung und Prävention. Beratungsangebote gibt es in Stendal an zwei Stellen. Die eine befindet sich in der Wendstraße, die andere in der Bahnhofsstraße. Im Bericht ist zu erkennen, dass in allen Einheitsgemeinden des Landkreises eine solche Beratung auch einmal in der Woche stattfindet. Gibt es noch Ergänzungen von den Trägern der Beratungsstellen?

Kerstin Schmidt: Als Paritäter habe ich mich heute gefragt, wie viele meiner Kollegen und auch der Kollegen aus anderen Beratungsstellen von diesem Bericht überhaupt wissen.

Frau Paschke: Ist es richtig, dass die Beratungsstellen und ihre Mitarbeiter kein Exemplar von dem Plan erhalten haben? Die aktuellen Zahlen müssen ja zusammengetragen werden. Wurden dort die Beratungsstellen nicht eingebunden?

Frau Schmidt: Die Beratungsstellen liefern ihre Berichte bei Frau Rütten ab und danach folgt die Zusammenstellung. Ich habe allerdings auch die Erfahrung gemacht, dass sich alle Berater mit dem Sozialamt, vor dem Sozialausschuss, zusammensetzten und nochmal Ergänzungen geben und über den Plan sprechen.

Frau Paschke: Ich finde es sehr wichtig, dass so etwas durchgeführt wird. Wenn es bisher noch nicht geschehen ist, dann wird es im Nachhinein für jede Beratungsstelle ein Exemplar dieses Planes geben.

Frau Schmidt: Bei der Schwangerschaftsberatung ist mir aufgefallen, dass dort eine Personalstelle mit 10 Wochenstunden vorgehalten wird. Ich schaue mir allerdings die Öffnungszeiten an und komme auf 20 Stunden in der Woche. Wie kann das zusammen passen?

Herr Kittner: Dazu kann ich in der Tat etwas sagen. Das wir 20 Wochenstunden in der Schwangerschaftsberatung haben ist korrekt. Es ist eine nicht öffentlich geförderte Schwangerschaftsberatung. Ich denke es wäre besser gewesen, wenn wir den Plan vorher gesehen hätten um solche Fehler im Voraus korrigieren zu können.

Frau Schmidt: Frau Paschke, sie haben in der Vorstellung des Planes erwähnt, dass die Fälle in der Erziehungsberatung gesunken sind. Ich habe noch einmal nachgeschaut und festgestellt, dass es tatsächlich um 2 Fälle gesunken ist. Wenn ich mir aber dem gegenüber stehend die Kontakteinheiten ansehe, stelle ich fest, dass diese gestiegen sind. Für uns ist es maßgeblicher die Kontakteinheiten zu betrachten, als die genaue Zahl der Fälle heranzuziehen. Daraus ist auch zu erkennen, dass es sich um Multiproblemfälle handelt. Die Hemmschwellen, mehrere (Multi-) Probleme zu klären, sind bei den Altmärkern dann doch zu groß.

Herr Kittner: In der Sucht- und Drogenberatung haben wir viele Fälle aber dafür wenig Kunden, die in das multiprofessionelle Team gehen wollen um ihre Probleme dort zu bearbeiten. Das hängt zum großen Teil damit zusammen, dass es gerade im Drogenbereich viele Fälle gibt bei denen wir juristische Konsequenzen befürchten müssen. Die Hemmschwelle, in die Beratung zu gehen und sich anderen Menschen anzuvertrauen, ist relativ hoch. Bei dem Vorschlag ein multiprofessionelles Team mit den Problemen zu beauftragen stößt dann meistens auf Zurückweisung.

Die Problemsituationen werden immer mehr. Da spricht für ein multiprofessionelles Team. Die Verwaltung wird immer schwieriger. Alleine die Antragstellung verlangt vielen schon einiges ab. Wir planen durchschnittlich 50 Minuten für ein Gespräch ein. Diese Zeit reicht uns teilweise nicht aus. Der Aufwand wird immer größer. Das sich diese Leute im Landkreis vermehrt haben ist auch kein Wunder. Sie sind leider nicht mehr so flexibel. Es fehlen die schulische Grundqualifikation und berufliche Ausbildung. All das sind Vermittlungshemmnisse, denen wir Rechnung tragen müssen. Dazu kommt unsere ländliche Struktur.

Ich möchte noch kurz etwas zur Klientenstruktur ansprechen. Wir haben etwa 43% Leute, die im ALG II ihre Leistungen beziehen. Dazu haben wir 37% die im Angestellten- oder Arbeitsverhältnis stehen und 6% Azubis. Knapp 50% haben ein Alkoholproblem und circa 10% finden wir in den nicht stoffgebundenen Suchterkrankungen. Diese Informationen erhalten das Land und der Landkreis. Ich denke also das Land und der Landkreis sind schon gut informiert über das was läuft.

Frau Bombach: Bei uns können die Fallzahlen nicht mehr großartig ansteigen. Wir sind nur 3 Mitarbeiter im Landkreis. Früher waren 20 Forderungen, die wir bearbeiten mussten schon viel. Heute gelten 20 Forderungen als wenig. Vieles ist sehr unübersichtlich geworden und nicht mehr für unsere Klienten selbstständig zu erledigen. Das bedeutet, dass wir ihnen vieles abnehmen müssen damit es überhaupt vorwärts geht. Es ist auch so, dass zum Beispiel Inkassobüros wesentlich härter mit den Kunden umgehen. Es gibt kaum noch Verhandlungsspielraum. Was uns allerdings auch auffällt ist, dass es immer mehr Kunden mit Migrationshintergrund gibt. Für uns gestaltet sich diese Beratung natürlich schwieriger aufgrund der Sprachbarriere.

Zum Thema multiprofessionelles Team kann ich sagen, dass fast dreiviertel meiner Kunden in diesem Gebiet Beratungsbedarf aufweisen.

Wir haben 60% Leute die ALG II Empfänger sind und viele Leute die zwar arbeiten aber sehr wenig Geld verdienen.

Ich würde mir eine Unterstützung wünschen, da wir mitbekommen das unsere Außenstellen in Seehausen und Tangerhütte wegbrechen. Wir haben das Gefühl die Kunden kommen einfach nicht ran, brauchen aber unsere Hilfe.

Frau Paschke: Was meinen sie damit, dass ihre Kunden nicht rankommen? Was können wir uns darunter vorstellen?

Frau Bombach: Aufgrund der gestiegenen Kosten im Bereich des ÖPNV brechen uns einfach die Kunden weg. Wir müssen schauen, wann wir Termine machen, ob genug Geld da ist und ob es finanziell für die Kunden überhaupt möglich ist zwei bis dreimal zu erscheinen.

Frau Kraemer: In Tangerhütte gibt es also keine Sprechstunde und die Leute aus Tangerhütte müssen nach Stendal kommen? Bekommen sie das Geld für die Fahrkosten erstattet?

Frau Magerin: Nein, Fahrkosten bekommen sie nicht erstattet. Das Problem greift natürlich ebenfalls in die anderen Beratungsstellen ein. Auch die Erziehungsberatung ist davon betroffen. Wir suchen ständig nach Lösungen und haben jetzt die Beratung vor Ort weiter ausgebaut. Mit der Schule in Havelberg haben wir einen Kooperationsvertrag und können dadurch die Eltern vor Ort beraten. Im Vergleich zum letzten Jahr haben wir dort schon

20 Fälle mehr erreicht. Zudem läuft auch noch die Beratung in der Außenstelle des Landkreises Stendal alle 14 Tage. Das ist natürlich auch sehr wichtig, da eben ein großer Flächenkreis vorhanden ist. Bei Klienten mit weiten Anfahrtswegen schließt sich dann wieder der Kreis. Es ist kein Geld da und die Anbindung an den ÖPNV ist beschränkt. Die Probleme sind aber da und werden immer größer. Damit gehören diese Klienten dann in das multiprofessionelle Team. Sollten wir als Beratungsstelle aber nachfragen, ob wir die Probleme im multiprofessionellen Team besprechen wollen, bekommen wir häufig ein „Nein“ als Antwort, da die Klienten mit der Situation überfordert sind. Manche Klienten können es psychisch nicht ertragen. Sie haben Angst und sind verunsichert.

Frau Paschke: Wie können wir dieses Problem ansatzweise lösen? Wäre es eine Lösung, wenn man in Tangerhütte oder Seehausen einmal pro Woche eine Sprechstunde anbietet? Sind sie, als Beratungsstellen, ordentlich mit Personal ausgestattet und ist für die Zukunft eine stabile Personaldecke vorhanden?

Frau Schmidt: Also in der Schuldnerberatung bin ich mir zu 100% sicher, dass bei der Einführung solcher Sprechstage zu einem personellen Problem kommt. Wir haben 3 Mitarbeiter. Eine Mitarbeiterin arbeitet nur in der Schuldnerberatung und die beiden anderen Mitarbeiter in der Schuldner- und Insolvenzberatung. Wenn ich diese Mitarbeiter noch in die Fläche schicken würde, bin ich mir sicher, dass sie nach einer kurzen Zeit überlastet sein werden. Es geht nicht nur um das Arbeiten an einem anderen Ort, sondern auch um den Weg dahin. Personell würden wir es also nicht gestemmt bekommen. In der Erziehungsberatungsstelle ist das alles ein wenig einfacher da wir dort mehr Personal haben. Dort könnten sich die Mitarbeiter abwechseln und wir müssten die Stellen Stendal und Osterburg für diese Zeit nicht schließen. Mehr ist aber momentan nicht möglich. Von dem Land werden nicht mehr bekommen als wir bereits erhalten. Deswegen müsste dann der Landkreis mehr finanzieren um flächendeckend alles anbieten zu können.

Frau Paschke: Inwiefern haben die Träger in dieser Hinsicht schon mit dem Landkreis kommuniziert? Besteht dort eine Kommunikation oder eine Anforderung?

Herr Kittner: Frau Rütten ist regelmäßig in unserem Gremium und dadurch sehr gut informiert über die aktuelle Situation und die aktuellen Probleme. Es besteht also ein guter Austausch aber es fehlt an der Umsetzung. In der Sucht- und Drogenberatung sind wir zu zweit. Momentan gibt es Wartezeiten von bis zu 6 Wochen. Demnach ist es nicht möglich mit zwei Mitarbeitern auch noch die Außenstellen abzudecken. Hinzu kommt, dass wir uns in einer Defizitfinanzierung befinden. Für unser Klientel ist es nicht möglich dies auch noch zu finanzieren. Die Sucht- und Drogenberatung ist eine freiwillige Aufgabe, aber in dem Konstrukt FamBeFög kann es nicht mehr als freiwillige Aufgabe gesehen werden, da dieses Konstrukt nicht zu Stande kommen würde, wenn der Bereich der Sucht- und Drogenberatung rausfallen würde. Mein Appell wäre es also um dieses Konstrukt weiter aufrecht zu erhalten, es auch finanzielle auf gesunde Beine zu stellen.

Frau Paschke: Das Problem haben wir in ganz vielen Bereichen. Der Flächenfaktor spielt einfach keine Rolle, egal ob wir in einer großen Stadt leben oder auf dem platten Land. In verschiedenen Gremien habe ich Diskussionen miterlebt und auch selbst geführt, sodass gesagt werden kann, dass diese Situation nicht tragbar ist. Wir müssen dran bleiben, es einfach einfordern und eine langen Atem haben. Das sollte nicht auf unserer Ebene liegen bleiben, sondern in die nächsthöhere Ebene gehen, damit der Landkreis mit nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet wird.

Frau Schmidt: Als Fazit muss man sagen, dass wir das alles nicht mehr flächendeckend abdecken könne, da die personelle und finanzielle Situation es nicht hergibt. Die Kreistagmitglieder müssen darüber Bescheid wissen.

Frau Jürgens: Unter Nummer 3 im Plan finden wir die Geografie des Landkreises Stendal. Dort ist darauf hingewiesen, dass wir von der Fläche her der größte Landkreis in Sachsen-Anhalt sind. Die Bevölkerungsdichte ist mit 48 Einwohnern pro m<sup>2</sup> sehr gering. Aufgrund der weiten Entfernungen, der starken Zersiedelung und der geringen Bevölkerungsdichte gestalten sich das Vorhalten und die Erreichbarkeit von Beratungsangeboten und Diensten schwierig. Hier ist eine hohe Flexibilität der Träger gefordert. Im Prinzip dürfen wir nicht nur nach der Einwohnerzahl pro m<sup>2</sup> gehen und können uns auch nicht mit Magdeburg vergleichen. Wir müssen auf andere Komponenten zurückgreifen, die auch berücksichtigt werden sollten.

Frau Paschke: Am Ende des Berichts sollten diese Punkte noch einmal aufgeführt werden. Innerhalb des Textes überliest man sie schnell und am Ende gehen sie wieder irgendwo unter. Wir müssen uns also bemerkbar machen.

Herr Janas: Man merkt es doch ganz deutlich. Die Hauptzentren sind Osterburg und Stendal. Im peripheren Bereich wird es dann schon etwas schwieriger. Am Ende des Berichtes steht ein Satz der besagt, dass die Beratungsangebote flächendeckend vorhanden sind. Das ist ein Widerspruch zu dem was wir hier zusammengetragen haben. Man muss diesen letzten Satz also entweder rausnehmen oder an die Situation anpassen.

Frau Paschke: Ich, als Ausschussvorsitzende, wäre auch bereit im Kreistag über dieses Thema zu sprechen und genau diese Forderungen vorzutragen.

Frau Kraemer: Es ist ja nur die eine Seite der Medaille die hier beschrieben wird. Das Problem ist, dass wir vom Land nicht das entsprechende Geld bekommen. Diesen Teil müssen wir aufnehmen. Bei der Förderung muss darauf geachtet werden, den Landkreisen welche in die Fläche gehen, das entsprechende Geld zur Verfügung zu stellen. Es ist nicht nur die Anzahl an Klienten ausschlaggebend, sondern auch die Beratungszeit und der Beratungsort. Das müssen wir ins Fazit aufnehmen und es muss eine Forderung vom Landkreis an das Land sein.

Frau Jürgens: Das Problem liegt darin, dass das Land jährlich nur 3,6 Mio. € zur Verfügung stellt. Diese werden dann aufgeteilt. Es hapert also bereits an der festgelegten Summe.

Frau Paschke: Hinzu kommt die Problematik mit der erhöhten Anzahl von Beratungsfällen für Menschen mit Migrationshintergrund. Da die Verständigung nicht immer leicht ist, benötigen die Beratungsstellen auch dort mehr Beratungszeit.

Frau Rau: Aus dem zurückliegenden Bericht war ersichtlich, dass die Zahlen bei Beratungen von Menschen mit Migrationshintergrund um fast 50% gestiegen sind. Ich erinnere mich daran, dass wir bereits im letzten Jahr darauf hingewiesen haben das es dort einen immensen Anstieg gibt. Der Flüchtlingsstrom ist zwar abgerissen, allerdings werden in Familien mit Migrationshintergrund mehr Kinder geboren. Das Problem ist einfach, dass Familien die teilweise schon 4 Jahre hier leben noch kein deutsch sprechen. Manche Familien denken schon daran selber einen Dolmetscher mitzubringen. Allerdings verschärft sich das Ganze durch die neue Datenschutzgrundverordnung. Mein Wunsch wäre es noch, dass die Schwangerschaftsberatung der Caritas und die Schwangerschafts- und Konfliktberatung der pro familia getrennt voneinander aufgeführt werden. Die Nachvollziehung gestaltet sich sonst als eher schwierig. Dieses Jahr werden wir keine rückläufigen Zahlen haben. Die Familien bekommen Kinder, allerdings gibt es noch viele Familien die sozial nicht gut aufgestellt sind und in die Beratungen kommen. Als Hinweis möchte ich noch sagen, dass wir in Osterburg keine eigenständige Beratungsstelle haben. Wir halten dort zwei Außensprechstage vor und diese werden auch sehr gut wahrgenommen.

Herr Graubner: Ich kann alle Forderungen nur unterstützen. Die Probleme verändern sich und auch das Klientel verändert sich. Leider verändert sich das Klientel nicht nur zum Positiven. Ich bin auch der Meinung, dass un- ausgebildetes Personal in diesem Beruf schnell verzweifeln könnte.

Aus diesem Grund müssen wir das Netz an Beratungsstellen, welches schon vorhanden ist, unterstützen. Die Beratungsstellen sind unerlässlich. Vielleicht sollte es aber unter den Beratungsstellen mehr Vernetzungen oder eine engere Zusammenarbeit geben. Ich sage es aus dem Grund, da der Schritt sich gegenüber einer Beratungsstelle zu öffnen für viele noch ein großes Problem darstellt. Wir bräuchten eigentlich noch das Doppelte an Beratung wenn alle die kommen würden, die sich momentan nicht trauen. Man sollte also nicht nur mehr Geld geben sondern muss auch mehr Fachkräfte bringen. Wir brauchen also das multiprofessionelle Team, welches Einsatz zeigt aber auch eine gewisse Distanz bewahrt.

Das Klientel über welches wir sprechen, diese Leute haben Angst um ihre Existenz. Sie haben alleine nicht die Kraft wieder aus ihrer Situation herauszufinden. Dementsprechend ist es wichtig, die Beratungsstellen ausbauen und finanziell auszustatten.

Herr Janas: Ich frage mich, ob es eine Rückkopplung auch zu anderen Landkreisen gibt. Es gibt bestimmt auch dort einige Ausnahmen in denen nicht die Einwohnerzahl pro m<sup>2</sup> ausschlaggebend ist, sondern der Flächenfaktor. Es ist ganz wichtig, dass wir die letzten Sätze in diesem Fazit ändern oder anpassen. Fakt ist nun mal, dass nicht genug Beratungsstellen für unsere Fläche vorhanden sind und das müssen wir deutlich machen.

Herr Kittner: Sachsen-Anhalt hat mit dem FamBeFög einen Schritt gemacht der auch recht gut ist. Mein Vorschlag wäre es eine Bedarfsermittlung anzustreben, die Finanzierung an den tatsächlichen Kosten zu orientieren und nicht an irgendwelchen Modellen. Das wäre mein Vorschlag, es so dem Land vorzuschlagen und letztendlich auch so zu verfahren.

Frau Kraemer: In unserem Bericht stehen all diese Probleme nicht ansatzweise drin. Ich möchte nur erwähnen, dass es unser Bericht ist und wir diesen dem Land vorlegen. Wir können nicht nur vom Land etwas fordern, sondern müssen es auch in dem Bericht erfassen. Das bedeutet wir müssen ehrlich sein und auch alle Probleme benennen.

Frau Jürgens: Dieser Bericht ist die Voraussetzung dafür, dass wir von dem Geld überhaupt einen kleinen Teil bekommen. Sollten wir diese Planung nicht machen, würden wir überhaupt keine Fördermittel erhalten. Grundsätzlich müsste also das Gesetz geändert werden, damit sich das Verfahren auch ändert.

Frau Paschke: Wir haben an Stellen in diesem Bericht das Wort „Fazit“ eingearbeitet. Ich bin der Meinung, dass wir an dieser Stelle ehrlich sein sollten und wirklich alle Probleme aufführen. Zum Beispiel muss es in Tangerhütte und Seehausen Beratungsangebote geben. Die Berater müssen vor Ort sein. Ich kann mich in die Lage der Klienten gut hineinversetzen, da die meisten finanziell nicht die Möglichkeit haben mit dem Zug oder dem Bus zu fahren, fahren sie also gar nicht. Somit kann ihnen auch nicht geholfen werden. Diese Problematik werden wir natürlich auch ganz klar im Kreistag noch einmal aufgreifen.

Frau Güldenpfennig: Ich möchte auch einmal zusammenfassen. Da ich sehe wie sehr diskutiert wurde, kann diese Vorlage eigentlich nicht unsere Zustimmung finden. Im Grunde hätte sie diskutiert werden müssen mit den Trägern und mit den Verantwortlichen. All das hätte bereits vor der Dezernentenkonferenz passieren müssen. Die Probleme die wir eben angesprochen haben, hätten schon bereits in die Vorlage eingearbeitet werden können. Die Frage die sich nun stellt ist, wie verfahren wir weiter um den Termin noch einhalten zu können.

Frau Paschke: In dieser Hinsicht hätte ich einen Vorschlag zu machen. Die Beschlussfassung soll im Kreistag am 13.09.2018 stattfinden. Heute haben wir viele Probleme und Anregungen gehört und gesammelt. Mein Vorschlag wäre es, ein Papier zu erstellen auf dem wir alle Änderungen zusammenfassen oder die Änderungen in den Bericht aufzunehmen und am 12.09.2018 nochmal zu beraten.

Frau Kraemer: Die Fraktionen müssten dieses Papier auch erhalten, da diese im Kreistag auch abstimmen müssen.

Frau Güldenpfennig: In 14 Tagen haben wir Fraktionssitzung. Bis dahin würden wir gerne eine Information bekommen, ob Änderungsanträge gestellt werden müssen oder ob der Bericht geändert wird. Für die Zukunft würde ich vorschlagen diese Beratungen im Vorherein abzuschließen um alle Probleme bereits im Plan erfasst zu haben.

Frau Schmidt: In Salzwedel findet eine Beratung mit allen Trägern statt. Dieses System verläuft bisher sehr positiv. Für die Zukunft ist es geplant eine Qualifizierung für die Sozialplanung zu machen. Dadurch fällt es leichter alle Zahlen zu analysieren und es können bessere Fazits gezogen werden.

Herr Kittner: Ich denke auch das die Träger, welche sich im FamBeFög zusammengeschlossen haben, gerne eine Zuarbeit leisten, damit die Umsetzung in der Praxis leichter fällt.

Frau Paschke: Gibt es denn solche Beratungen mit dem Amt, wo sie ihre Bedarfe darlegen können? Das Amt muss ja schließlich um die Situation wissen.

Herr Kittner: In erster Linie, so denke ich, wird dieser Bericht erstellt um überhaupt einen Teil vom Geld zu erhalten

Frau Rau: Es geht ja nicht um unsere Bedarfe sondern um die Bedarfe der Bürger. Wir schreiben jedes Jahr ausführliche Erfahrungsberichte mit dem Vergleich zum Vorjahr. Dort befassen wir uns bereits mit der Frage, warum nicht alle Multiproblemfälle so erfasst werden, wie sie eigentlich sollten.



Frau Paschke: Wir werden an dem Thema dran bleiben und wahrscheinlich ein Ergänzungsblatt mit allen Änderungen erstellen und dieses dem Bericht beilegen.

Frau Paschke bedankt sich für die Mitarbeit der Beratungsstellen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

#### **zu TOP 7 Information zum aktuellen Sachstand - Medizinische Versorgung im Landkreis Stendal- Frau Paschke**

Frau Paschke: Gemeinsam mit den Kreistagsmitgliedern Herr Dr. Böhme und Herr Nico Schulz haben wir ein Positionspapier zum Thema „Medizinische Versorgung im Landkreis Stendal“ erarbeitet. Letztendlich hat sogar der Landrat unser Positionspapier unterschrieben und so haben wir es an den entsprechenden Verteiler geschickt. Es wurde auf unser Positionspapier reagiert. Die Antwortschreiben gingen direkt an den Landrat und wurden dann in Kopie an mich weitergeleitet. Alle Empfänger unseres Positionspapiers oder auch Forderungskatalog haben sich bedankt. Die Kassenärztlich Vereinigung ist auf alle Punkte eingegangen und hat dabei ihre Sichtweise dazu beschrieben. Auch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration ist auf jeden Punkt eingegangen. Es gibt nicht einen Satz in den ganzen Antwortschreiben, der negativ auf unser Papier reagiert. Im Gegenteil, es ist jedem Punkt zugestimmt worden. Die Fraktionen die geantwortet haben, da waren die SPD, die CDU und die LINKEN, haben deutlich gemacht, dass dieses Thema auch Bestandteil der Landtagssitzung im Mai war. Dort sind dann auch Maßnahmen beschlossen worden. Diese Thematik ist also weiterhin im Gespräch. Die SPD-Fraktion hat später noch einmal ausführlicher geantwortet und auch klar gestellt, dass diese Thematik im Landtag noch nicht abgeschlossen ist.

Wir lassen uns weiterhin berichten, welche Festlegungen auf Landesebene getroffen werden. Was die Ausbildung und Bereitstellung von medizinischem Personal betrifft, wird immer noch auf Gesetzesgrundlage im Land oder beim Bund entschieden.

Ich würde vorschlagen alle Antwortschreiben dem Protokoll beizulegen.

Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

#### **zu TOP 8 Informationen aus den Ämtern**

Es gibt keine wesentlichen Informationen aus den Ämtern.

#### **zu TOP 9 Anfragen und Hinweise**

Frau Güldenpfennig: Wie kann es sein, dass Frau Schübler als sachkundige Einwohnerin keine Unterlagen in digitaler Form bekommt? Ich bitte darum, dass dies geprüft wird, damit auch die sachkundigen Einwohner in digitaler Form ausgestattet sind.

Frau Paschke: Am 12.09.2018 soll in unserem Ausschuss der Haushaltsplan für 2019 beraten werden. Ich finde es etwas unglücklich den Haushalt zu beraten, bevor der Kreistag den Haushaltsentwurf beschlossen hat. Deswegen möchte ich vorschlagen die Haushaltsberatung auf die Tagesordnung für den 17.10.2018 setzen zu lassen.

Dazu gibt es keine Einwende.

Frau Paschke weist nun noch einmal auf 2 Veranstaltungen des Landkreises Stendal hin. Die Integrationskonferenz findet am 25.09.2018 statt. Dort geht es um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Zu-

dem gibt es noch die Auftaktveranstaltung des örtlichen Teilhabemanagements am 16.10.2018. Dort geht es um die Auswertung der Befragungsbögen für die spätere Erstellung eines Maßnahmeplanes.

Es gibt keine weiteren Anfragen und Anregungen.

Frau Paschke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.